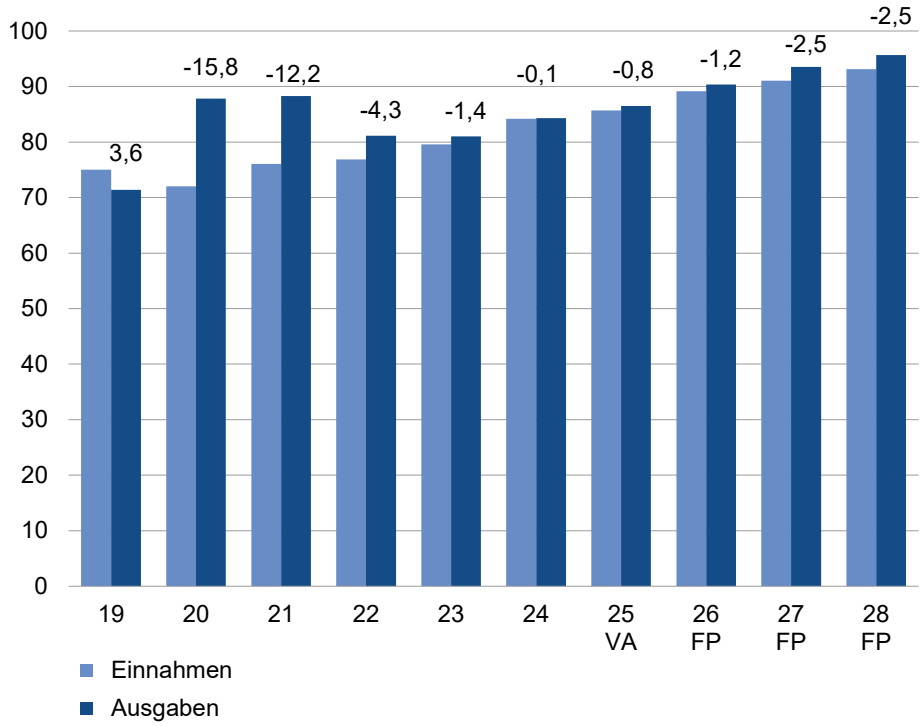
Der Bundeshaushalt im Überblick

RECHNUNG 2024

Überblick

Finanzierungssaldo *in Mrd. CHF*



Hinweis: Daten 2025 bis 2028 gemäss Bundesbeschluss 2025 mit IAFP 2026–2028

In der **Erfolgsrechnung** resultierte in der Rechnung 2024 ein Überschuss von 2,1 Milliarden und liegt damit deutlich über dem Voranschlag (-305 Mio.) sowie über dem Vorjahresergebnis (877 Mio.). Das Jahresergebnis setzt sich aus der Selbstfinanzierung und den Bewertungsänderungen der Verwaltungsvermögen zusammen. Die laufenden Einnahmen sind stärker gewachsen als die laufenden Ausgaben (+5,9 % bzw. +5,0 %); die Selbstfinanzierung stieg damit gegenüber dem Vorjahr auf 4,2 Milliarden. Die Abschreibungen und andere Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens verringerten sich leicht (-2,1 Mrd.). Die **Nettoinvestitionen** (Investitionsausgaben abzüglich Investitionseinnahmen) sinken gegenüber dem Vorjahr auf 4,3 Milliarden (-0,5 Mrd.).

Der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung – die Selbstfinanzierung (4,2 Mrd.) – reichte knapp nicht aus, um die geplanten Nettoinvestitionen (4,3 Mrd.) vollständig zu finanzieren. Anders formuliert

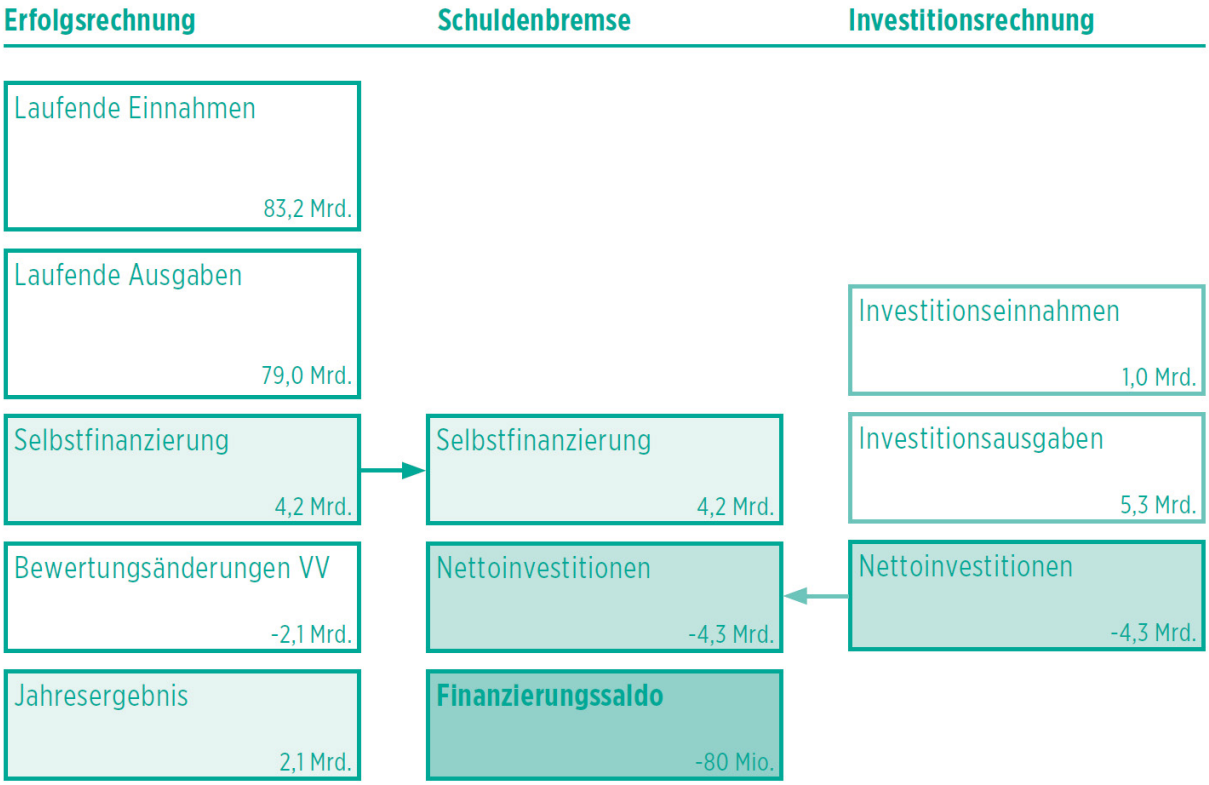
deckten die **Einnahmen** nicht die gesamten **Ausgaben**. Im Jahr 2024 resultierte ein fast ausgeglichenes Finanzierungsdefizit von 80 Millionen. Während sich der ordentliche Finanzierungssaldo auf 817 Millionen belief und das erste Mal seit 2019 wieder einen Überschuss verzeichnete, trug der ausserordentliche Haushalt negativ (-897 Mio.) zum Ergebnis bei.

Die **Nettoschulden** verringerten sich im Jahr 2024 auf 141,4 Milliarden (-276 Mio.). Das Finanzierungsdefizit hat die Verschuldung zwar leicht erhöht, aber Transaktionen, die direkt dem Eigenkapital gutgeschrieben wurden (357 Mio.) führten zu einer Reduktion. Die Nettoschuldenquote beträgt 17,2 Prozent des BIP.

Im Jahr 2024 betrug das reale **Wirtschaftswachstum** 0,9 Prozent. Trotz weltweit sinkender Inflationsraten und geldpolitischen Lockerungen, belastete das herausfordernde internationale Umfeld die Investitionen und die Schweizer Exportwirtschaft. Die Schweizer Wirtschaftsleistung blieb unter ihrem Potential. Im ordentlichen Haushalt hätte die **Schuldenbremse** ein konjunkturelles Finanzierungsdefizit von 504 Millionen erlaubt. Erzielt wurde im ordentlichen Haushalt jedoch ein Finanzierungsüberschuss von 817 Millionen. Der daraus resultierende strukturelle Finanzierungsüberschuss von 1,3 Milliarden wurde aufgrund der FHG-Revision zum Abbau der coronabedingten Verschuldung dem Amortisationskonto gutgeschrieben. Zusätzlich wurde das ausserordentliche Finanzierungsdefizit (-897 Mio.) dem Amortisationskonto belastet. Daher verringerte sich der Stand des Amortisationskonto um 424 Millionen auf 26,8 Milliarden. Das Ausgleichskonto blieb unverändert.

Jahresergebnis und Nettoinvestitionen 2024

Herleitung des Finanzierungssaldos aus Erfolgs- und Investitionsrechnung *in Mrd. CHF*



JAHRESERGEBNIS

Die Erfolgsrechnung weist für das Jahr 2024 einen Überschuss von 2,1 Milliarden aus. Budgetiert wurde ein Verlust von 305 Millionen. Die laufenden Einnahmen sind stärker gewachsen als die laufenden Ausgaben (+5,9 % bzw. +5,0 %). Der grösste Teil des Einnahmenwachstums stammt aus den grossen Fiskaleinnahmen, namentlich aus der direkten Bundessteuer (Gewinnsteuer +1,1 Mrd.; Einkommenssteuer +0,9 Mrd.), der Mehrwertsteuer (+1,8 Mrd.) und der Verrechnungssteuer (+0,5 Mrd.).

Das Wachstum der laufenden Ausgaben war einerseits getrieben durch die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt (+2,3 Mrd.). Der Anstieg erklärt sich durch deutlich höhere Ausgaben für die AHV insbesondere aufgrund der im Rahmen der Reform «AHV 21» beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozentpunkte und deutlich gestiegenen Ausgaben bei der individuellen Prämienverbilligung. Andererseits stiegen auch die Ausgaben im Aufgabengebiet Finanzen und Steuern (+1,1 Mrd.), weil die Ausgaben bei den Kantonsanteilen an den Bundeseinnahmen aufgrund des starken Einnahmenwachstums deutlich gestiegen sind.

Entsprechend steigt der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung – die Selbstfinanzierung – von 3,4 Milliarden auf 4,2 Milliarden. Die Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens verringerten sich leicht auf 2,1 Milliarden. Dabei handelt es sich insbesondere um Abschreibungen sowie um Buchgewinne aus den Beteiligungen.

NETTOINVESTITIONEN

Die Nettoinvestitionen entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig und beliefen sich auf 4,3 Milliarden (-0,5 Mrd.). Während die Investitionseinnahmen stabil bei 1,0 Milliarden (-7 Mio.) blieben, reduzierte sich die Höhe der Investitionsausgaben um 0,5 Milliarden auf 5,3 Milliarden. Die Investitionsausgaben sanken in verschiedenen Aufgabengebieten, was nebst regulären Schwankungen auch durch Ausgabenspitzen im Vorjahr bedingt ist. So wurden im Jahr 2024 keine Ausgaben zum Kauf von Impfstoffen und Arzneimitteln zur Bekämpfung von Covid-19 mehr getätigt und im Bereich der Landesverteidigung wirken sich im Vorjahresvergleich die einmaligen Mehrausgaben im Jahr 2023 für den Ersatz des Staatsluftfahrzeuges aus.

FINANZIERUNGSSALDO

Die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung (Differenz von laufenden Einnahmen und Ausgaben) reichte knapp nicht aus, um die geplanten Nettoinvestitionen (Differenz von Investitionseinnahmen und -ausgaben) zu finanzieren. Der Bundeshaushalt schloss das Jahr 2024 mit einem geringen Finanzierungsdefizit von 80 Millionen ab und erzielte damit erstmals seit 2019 wieder ein fast ausgeglichenes Rechnungsergebnis.

Im ordentlichen Haushalt wurde ein Finanzierungsüberschuss verzeichnet, welcher sich auf 817 Millionen beläuft. Insgesamt stiegen die ordentlichen Einnahmen (+5,9 %) stärker an als die ordentlichen Ausgaben (+4,0 %). Die Schuldenbremse hätte aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung ein konjunkturelles Defizit von 504 Millionen zugelassen. Daraus ergibt sich ein struktureller Überschuss von 1,3 Milliarden. Im ausserordentlichen Haushalt musste erneut ausserordentlicher Zahlungsbedarf für die Beiträge an die Kantone für die Schutzsuchenden aus der Ukraine geltend gemacht werden (1,4 Mrd.). Hingegen konnte eine aufwandmindernde Auflösung von Rückstellungen für Covid-Testkosten in Höhe von 216 Millionen Franken getätigt werden. Die ausserordentlichen Einnahmen von 256 Millionen stammen grösstenteils aus weiteren Verkaufserlösen von RUAG International Holding AG (150 Mio.). Das ausserordentliche Finanzierungsdefizit beträgt damit 897 Millionen Franken.

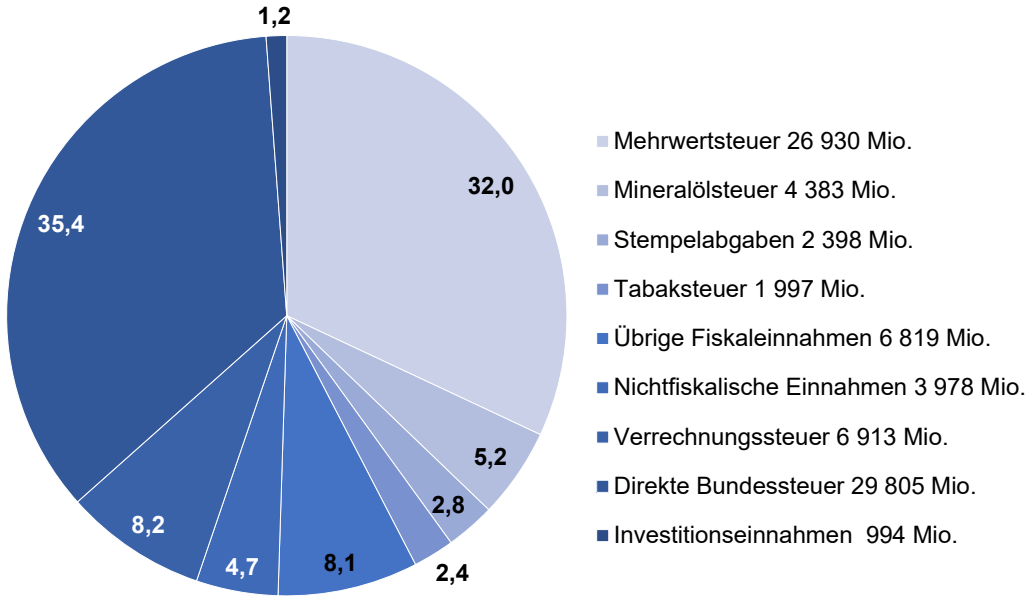
GESAMTINVESTITIONEN BUND

Der Bund tätigte rund die Hälfte seiner Investitionen aus der Bundesrechnung. Die andere Hälfte stammte aus Fonds, welche über den Bundeshaushalt gespiesen wurden. Für eine Gesamtsicht der Investitionstätigkeit müssen die Investitionen der Fonds mitberücksichtigt werden.

Im Jahr 2024 erreichten die Gesamtinvestitionen 10,9 Milliarden oder rund 13 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Davon flossen rund 56 Prozent in Verkehrsinfrastrukturen, teils über den Bahninfrastrukturfonds (BIF), teils über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF; Anteil Agglomerationsverkehr), teils über die Bundesrechnung (Einlage in den NAF für Nationalstrassenbau). Weitere Mittel werden zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz aus dem Netzzuschlagsfonds (NZF) eingesetzt.

Einnahmen 2024

Anteile *in Prozent*



Mehrwertsteuer: *26 930 Mio.*

Die Mehrwertsteuer macht 32,0 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Damit ist sie zusammen mit der direkten Bundessteuer die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Besteuert wird der inländische Konsum. Dies umfasst den Bezug von inländischen Gütern und Dienstleistungen, aber auch die Importe. Die Exporte hingegen unterliegen nicht der Mehrwertsteuer.

Direkte Bundessteuer: *29 805 Mio.*

Von den Einnahmen entfallen 35,4 Prozent auf die direkte Bundessteuer (DBST). Sie ist zusammen mit der Mehrwertsteuer die grösste Einnahme des Bundes. Die DBST wird auf den Einkommen natürlicher Personen und auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Einkommens- und Gewinnsteuer haben ungefähr dasselbe Gewicht (48 % und 52 % der DBST). Die Einnahmen 2024 stammen überwiegend aus den steuerbaren Einkommen und Gewinnen von 2023. Ab 2026 sollten aufgrund der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung Einnahmen aus der Ergänzungssteuer hinzukommen.

Verrechnungssteuer: *6913 Mio.*

Der Anteil der Verrechnungssteuer an den Gesamteinnahmen betrug 8,2 Prozent. Die Verrechnungssteuer ist als Sicherungssteuer für die direkten Steuern konzipiert und soll sicherstellen, dass das Einkommen aus beweglichem Kapitalvermögen besteuert wird (insb. Dividenden und Zinserträge). Die geschätzten Einnahmen aus der Verrechnungssteuer setzen sich zusammen aus den Eingängen, die nicht zurückgefordert werden können (Meldeverfahren für konzerninterne Dividendenausschüttungen) und Eingängen, die teilweise zurückgefordert werden. Die Einnahmen aus den teilweise rückforderungsfähigen Eingängen werden mit einem Erfahrungswert (Median der letzten fünf abgeschlossenen Steuerjahre) geschätzt. Dieser Anteil dürfte nicht zurückgefordert werden und

als Einnahme beim Bund bleiben. Zusätzlich können Schätzanpassungen aus den Vorjahren die Einnahmen beeinflussen.

Mineralölsteuer: *4383 Mio.*

Der Anteil der unter anderem auf Erdöl und Treibstoff erhobenen Verbrauchssteuer beträgt 2024 5,2 Prozent der Einnahmen. Insgesamt sind rund drei Viertel der Einnahmen zweckgebunden für den Strassen- und Luftverkehr (60 % der Grundsteuer und der gesamte Zuschlag). Seit 2008 gehen die Einnahmen tendenziell zurück. Das liegt daran, dass zum einen die Motoren immer effizienter werden und zum anderen die Zahl der Elektrofahrzeuge zunimmt.

Stempelabgaben: *2398 Mio.*

Die Stempelabgaben belaufen sich auf 2,8 Prozent der Einnahmen. Die Umsatzabgabe, welche über die Hälfte der Stempelabgaben ausmacht, wird auf Käufen und Verkäufen von in- und ausländischen Wertpapieren erhoben. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe hängt hauptsächlich vom Volumen des steuerpflichtigen Wertpapierumsatzes der inländischen Effektenhändler ab. Die Emissionsabgabe auf der Schaffung von Eigenkapital schwankt stark, da sie vom Eigenkapitalbedarf der Unternehmen abhängt. Drittes Element ist der Prämienquittungsstempel, welcher auf bestimmten Versicherungsprämien erhoben wird. Er weist eine relativ stabile Entwicklung auf.

Tabaksteuer**:** *1997 Mio.*

Der Anteil der Tabaksteuer an den Gesamteinnahmen beläuft sich auf 2,4 Prozent. Besteuert werden die in der Schweiz hergestellten sowie die eingeführten Tabakfabrikate und Ersatzprodukte. Die Erträge werden verwendet, um den Bundesbeitrag an die AHV mitzufinanzieren. Die Einnahmen gehen seit 2012 jedes Jahr um etwa 2 Prozent zurück.

Übrige Fiskaleinnahmen: *6820 Mio.*

Die übrigen Fiskaleinnahmen setzen sich hauptsächlich zusammen aus den Verkehrsabgaben (z. B. Schwerverkehrsabgabe oder Nationalstrassenabgabe), den Lenkungsabgaben (z. B. CO_2-Abgabe), dem Netzzuschlag und den Einfuhrzöllen. Sie machen 8,1 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Zum Jahresbeginn 2024 wurden die Einfuhrzölle auf Industrieprodukten aufgehoben. Es bleiben noch die Zölle auf landwirtschaftlichen Produkten.

Nichtfiskalische Einnahmen: *3978 Mio.*

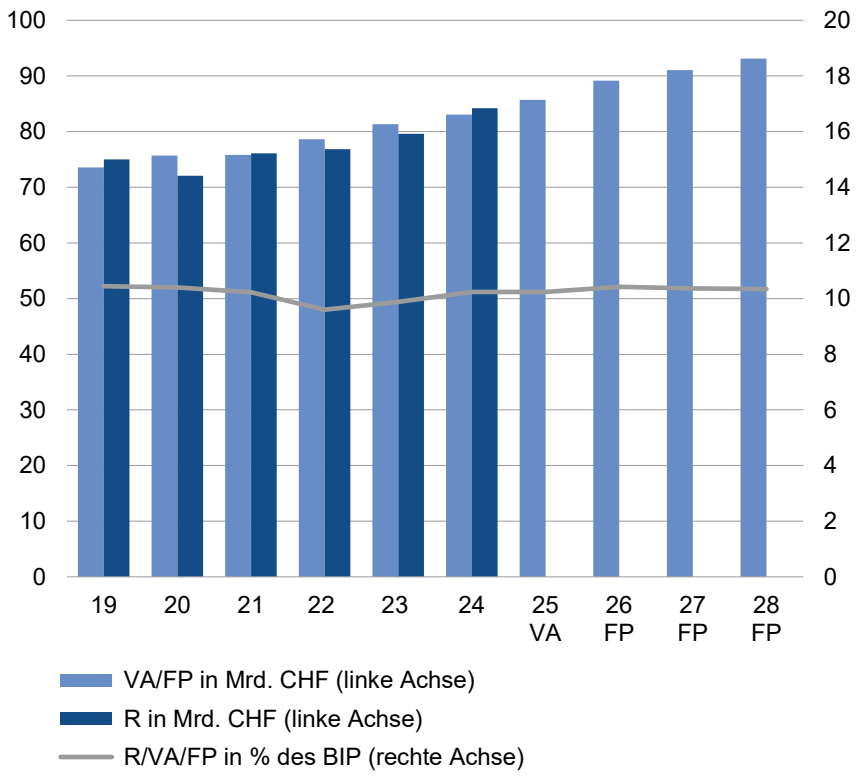
Der Anteil der nichtfiskalischen Einnahmen liegt bei 4,7 Prozent. Sie umfassen unter anderem die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen wie beispielsweise den Grundbetrag der Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB). 2024 nahm die SNB keine Gewinnausschüttung vor, und ab 2025 wird nur der Grundbetrag veranschlagt (667 Mio.). Zu den nichtfiskalischen Einnahmen zählen auch Entgelte (z. B. Wehrpflichtersatzabgabe), Kantonsbeiträge (z. B. Kantonsbeiträge am Bahninfrastrukturfonds), verschiedene Einnahmen (z. B. Liegenschaftseinnahmen) und Finanzeinnahmen (z. B. Zinseinnahmen).

Investitionseinnahmen: *994 Mio.*

Die Investitionseinnahmen machen ungefähr 1,2 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes aus. Im Jahr 2024 umfassen sie die Dividendenausschüttungen der öffentlichen Unternehmen (u. a. Swisscom, Post, RUAG), Rückzahlungen von Darlehen und Investitionsbeiträgen sowie Entschädigungen für die Veräusserung von Sachanlagen. Im selben Jahr hat der Verkauf von Geschäftseinheiten von RUAG International dem Bund eine Sonderdividende von 150 Millionen (2023: 200 Mio.) eingebracht, die als ausserordentliche Einnahme verbucht wurde.

Entwicklung der Einnahmen 2024

in Mrd. CHF und % des BIP

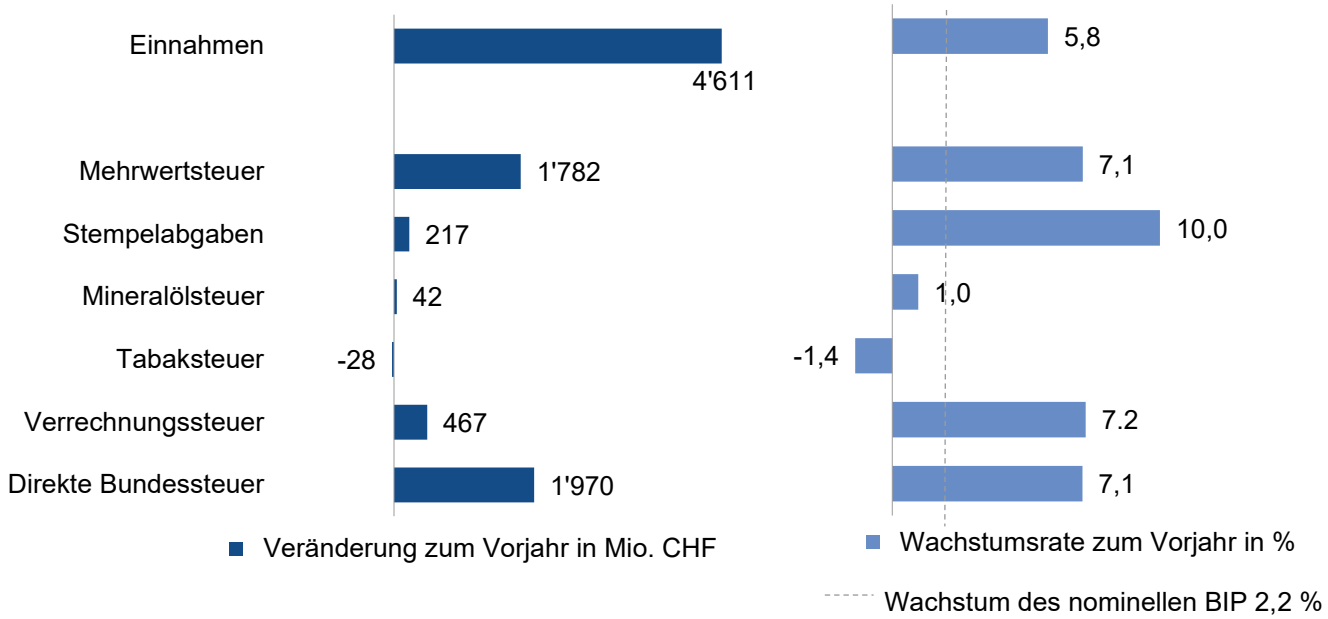


Hinweis: Daten 2025 bis 2028 gemäss Bundesbeschluss 2025 mit IAFP 2026–2028

Im Jahr 2024 verzeichneten die Einnahmen ein kräftiges Wachstum (+5,8 % bzw. +4,6 Mrd.). Sie stiegen damit deutlich stärker an als das nominale BIP (+2,2 %). Die Einnahmenquote erhöhte sich dementsprechend von 9,9 auf 10,2 Prozent des BIP.

Entwicklung ausgewählter Einnahmen 2024

in Mio. CHF und %W



Die Gesamteinnahmen stiegen 2024 um 4,6 Milliarden (+5,8 %) auf 84,2 Milliarden. Dieses Wachstum wurde hauptsächlich durch den starken Anstieg der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (+2,0 Mrd.), der MWST (+1,8 Mrd.) und der Verrechnungssteuer (+0,5 Mrd.) gestützt.

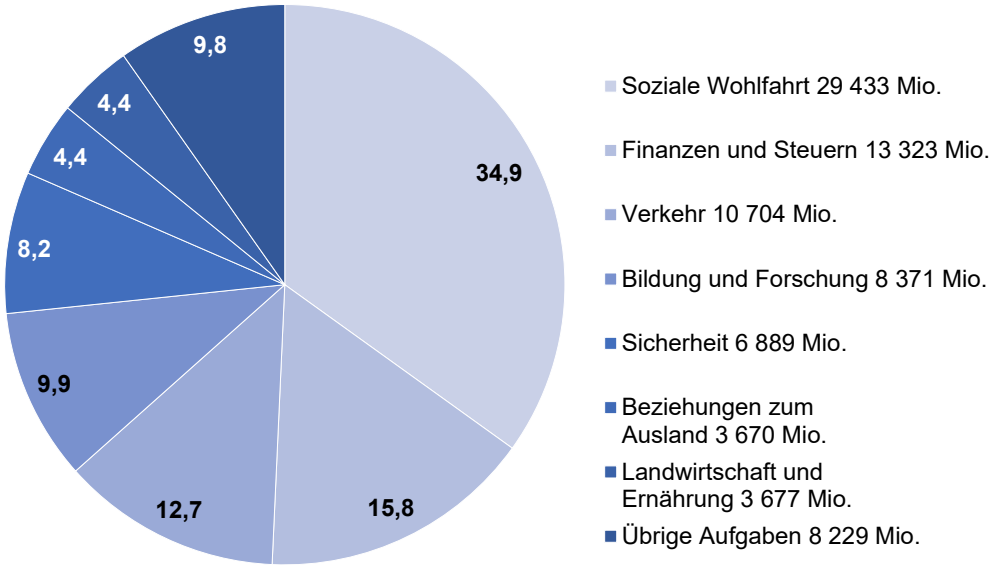
Die Einnahmen aus der DBST sind 2024 kräftig gewachsen (+2,0 Mrd.; +7,1 %). Der Ertrag aus der Steuer auf dem Einkommen natürlicher Personen nahm um 0,9 Milliarden zu. Dieses hervorragende Ergebnis lässt sich hauptsächlich mit dem Anstieg der Einnahmen aus früheren Steuerperioden erklären. Allerdings sind auch die Einnahmen aus dem Hauptsteuerjahr (2023) gestiegen. Der Ertrag aus der Steuer auf dem Reingewinn juristischer Personen fiel 2024 markant höher aus (+1,1 Mrd.). Dabei sind vor allem die Einnahmen aus dem Hauptsteuerjahr (2023) beträchtlich gestiegen (+0,7 Mrd.).

Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer belaufen sich 2024 auf 6,9 Milliarden und sind damit im Vergleich zum Vorjahr um 7,2 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg lässt sich überwiegend mit den hohen Eingängen, von welchen ein Anteil beim Bund verbleibt, erklären. Ausserdem haben die Schätzanpassungen aus den Vorjahren zu einem Anstieg von 0,2 Milliarden geführt.

Der Ertrag aus der Mehrwertsteuer (MWST) lag 2024 bei 26,9 Milliarden, was einem Wachstum von 7,1 Prozent entspricht. Dieses Wachstum ist deutlich höher als jenes des nominalen BIP, was an der Erhöhung des MWST-Satzes zugunsten der AHV per 1. Januar 2024 (Reform AHV 21) liegt. Der Normalsatz ist damit von 7,7 auf 8,1 Prozent gestiegen. Ohne diesen Sondereffekt würde das Wachstum dieser Einnahmen 2,9 Prozent betragen und wäre damit näher an jenem des nominalen BIP.

Ausgaben nach Aufgabengebieten 2024

Anteile in Prozent



Soziale Wohlfahrt: *29 433 Mio.*

Das grösste Aufgabengebiet des Bundes ist die Soziale Wohlfahrt mit gut einem Drittel der Ausgaben (34,9 %). Diese Ausgaben sind rechtlich gebunden und damit mittelfristig kaum steuerbar. Die Hälfte der Ausgaben fliesst in die Altersversicherung (AHV). Dazu kommen die Bundesbeiträge an die Invalidenversicherung (IV), für die individuelle Prämienverbilligung, für die Ergänzungsleistungen an die AHV und die IV sowie die Ausgaben für die Migration. Das Ausgabenwachstum ist namentlich abhängig von der Entwicklung der Demografie, der Teuerung und der Löhne. Wegen der Alterung der Gesellschaft wachsen diese Ausgaben stark.

Finanzen und Steuern: *13 323 Mio.*

Der Anteil der Finanzen und Steuern an den Ausgaben beträgt 15,8 Prozent. Das Ausgabenwachstum in diesem Bereich ist nur auf lange Frist beeinflussbar. Die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab. Die Zinsausgaben ergeben sich aus der Verschuldung und der Entwicklung der Zinssätze. Schliesslich sind auch die Ausgaben für den nationalen Finanzausgleich im Gesetz geregelt. Damit soll sichergestellt werden, dass jeder Kanton genügend finanzielle Mittel hat, um seine Aufgaben wahrzunehmen.

Verkehr: *10 704 Mio.*

Der Anteil des Verkehrs an den Ausgaben beläuft sich auf 12,7 Prozent. Die Verkehrsausgaben beinhalten die Ausgaben für den Schienenverkehr und öffentlichen Verkehr (68 %), für den Strassenverkehr (30 %) und für die Luftfahrt (2 %). Die Verkehrsausgaben werden vor allem über zweckgebundene Steuereinnahmen finanziert und sind deshalb zum grössten Teil gebunden. Sie fliessen vor allem in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Über die beiden Verkehrsfonds werden Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur finanziert.

Bildung und Forschung: *8371 Mio.*

Der Anteil des Aufgabengebiets Bildung und Forschung an den Ausgaben beträgt 9,9 Prozent. Etwa 87 Prozent dieser Ausgaben werden über die mit der BFI-Botschaft 2021–2024 (BBl 2020 3681) beantragten Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen gesteuert. Die Schweiz ist gegenwärtig nicht an die EU-Forschungsprogramme assoziiert, weshalb umfassende Übergangsmassnahmen vorgesehen sind. Die frühestmögliche Assoziierung an das Horizon-Paket bleibt das Ziel.

Sicherheit*: 6889 Mio.*

Die Sicherheit macht 8,2 Prozent der Ausgaben aus. Über 80 Prozent der Ausgaben entfallen auf die militärische Landesverteidigung. Die Ausgaben im Bereich Sicherheit gingen im Jahr 2024 leicht zurück (-0,1 Mrd.). Grund dafür sind die Erhöhung der Rückstellung für die Räumung des Munitionslagers Mitholz und die Beschaffung eines Staatsluftfahrzeugs im Jahr 2023 sowie die Verschiebung von Informatikleistungen der Armee ins BIT per 2024. Bereinigt um diese Effekte erhöhen sich die Ausgaben um 258 Millionen bzw. um 3,7 Prozent.

Landwirtschaft und Ernährung: *3670 Mio.*

Rund 4,4 Prozent der Ausgaben entfallen auf die Landwirtschaft und Ernährung. Rund drei Viertel davon werden für die Direktzahlungen verwendet (2,8 Mrd.). Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert: Produktionsgrundlagen, Produktion und Absatz sowie Direktzahlungen. Das Parlament hat für die Jahre 2022–2025 die Obergrenze für die Ausgaben wie folgt festgelegt: 0,6 Milliarden für Produktionsgrundlagen, 2,2 Milliarden für Produktion und Absatz und 11,2 Milliarden für Direktzahlungen.

Beziehungen zum Ausland: *3677 Mio.*

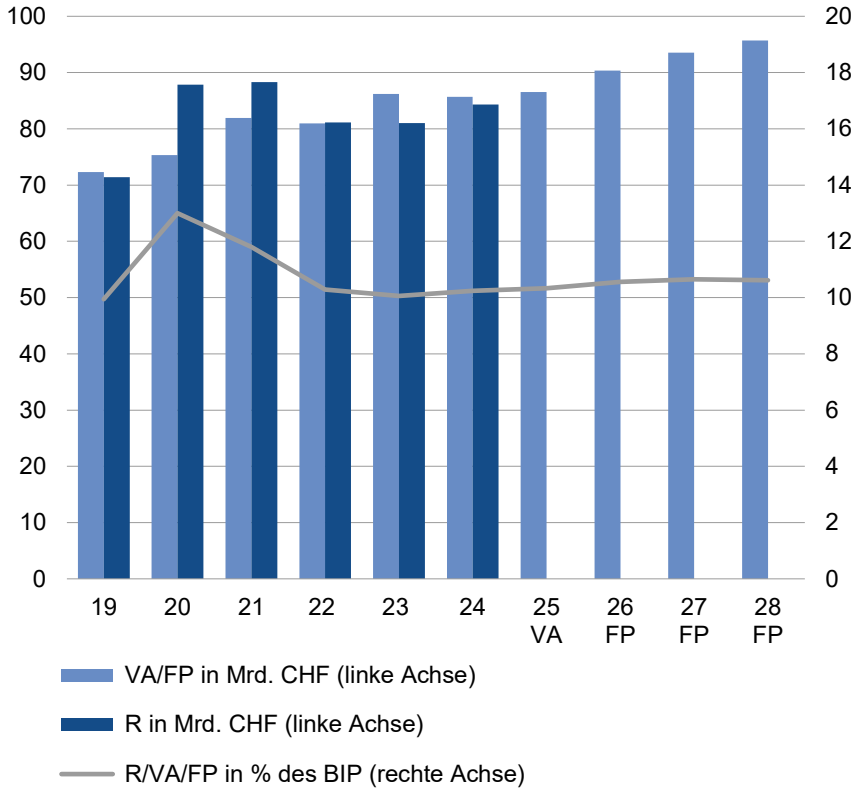
Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland machen 4,4 Prozent der verbuchten Ausgaben aus. Über drei Viertel der Ausgaben werden für die Entwicklungshilfe aufgewendet. Der Rest entfällt hauptsächlich auf die politischen Beziehungen, also unter anderem auf die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz sowie auf Ausgaben zugunsten von internationalen Organisationen.

Übrige Aufgabengebiete: *8229 Mio.*

Die übrigen fünf Aufgabengebiete (Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Umweltschutz und Raumordnung, Wirtschaft) machen 9,8 Prozent der Ausgaben aus.

Entwicklung der Ausgaben 2024

in Mrd. CHF und % des BIP

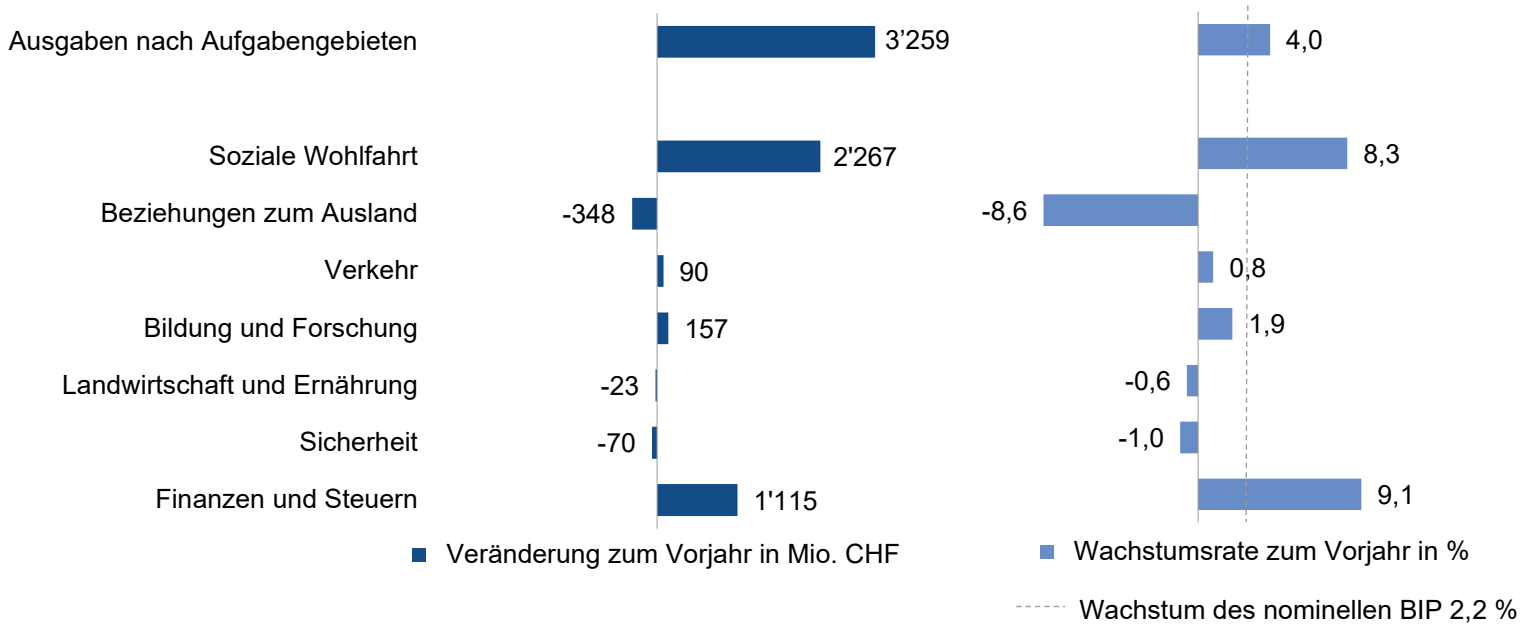


Hinweis: Daten 2025 bis 2028 gemäss Bundesbeschluss 2025 mit IAFP 2026–2028

Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Prozent gestiegen. Da das nominale Bruttoinlandprodukt um 2,2 Prozent wuchs, stieg die Ausgabenquote des Bundes von 10,1 auf 10,2 Prozent des BIP leicht an. Die Ausgabenquote ist ein grober Indikator für das Ausmass der Tätigkeiten des Bundes im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft.

Entwicklung ausgewählter Ausgaben nach Aufgabengebieten 2024

in Mrd. CHF und %

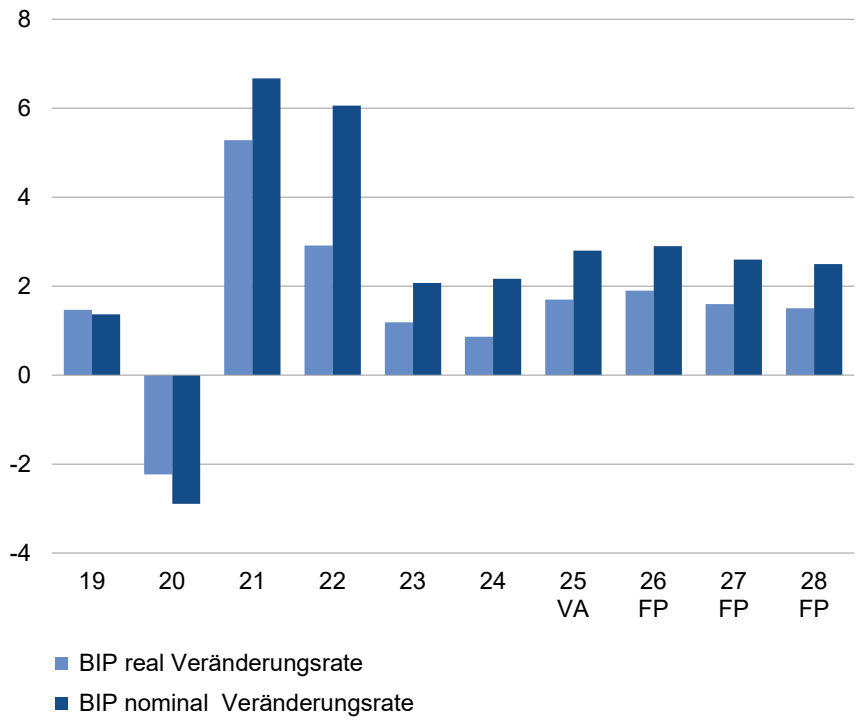


Mit 84,3 Milliarden lagen die Gesamtausgaben im Jahr 2024 um 4 Prozent (+3,3 Mrd.) höher als im Vorjahr. Bereits zum fünften Mal in Folge hat der Bund ausserordentliche Ausgaben in Milliardenhöhe getätigt. Ausserordentlich verbucht wurden erneut die Ausgaben für die Schutzsuchenden aus der Ukraine (Globalpauschale an die Kantone), die sich auf 1,4 Milliarden beliefen (2023: 1,1 Mrd.). Die Auflösung von zu hohen Rückstellungen für Corona-Testkosten führte zu einer Ausgabenminderung bei den ausserordentlichen Ausgaben (-0,2 Mrd.).

Die ordentlichen Ausgaben nahmen im Jahr 2024 um 3,2 Milliarden respektive 4 Prozent zu. Sie wuchsen damit stärker als das nominale Bruttoinlandprodukt (+2,2 %). Der grösste Treiber für das Ausgabenwachstum war der Aufgabenbereich Soziale Wohlfahrt. Der Anstieg erklärt sich in erster Linie durch deutlich höhere Ausgaben für die AHV (+ 1,4 Mrd.), insbesondere aufgrund der im Rahmen der Reform «AHV 21» beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozentpunkte, die an die Versicherung überwiesen, wird. Hinzu kommen gestiegene Ausgaben bei der Krankenversicherung (+0,3 Mrd.) und bei der Invalidenversicherung (+0,1 Mrd.). Auch der Aufgabenbereich Finanzen und Steuern verzeichnete ein starkes Wachstum, insbesondere weil die Ausgaben bei den Kantonsanteilen an den Bundeseinnahmen aufgrund des starken Einnahmenwachstums deutlich gestiegen sind (+0,5 Mrd.). Zudem haben die Beiträge an Spezialfinanzierungen und an den Finanzausgleich zugenommen. Ein Wachstumsschwerpunkt war zudem das Aufgabengebiet Bildung und Forschung, wo das Ausgabenwachstum überwiegend auf Beiträge für die Übergangsmassnahmen zurückgeht, die aufgrund der Nichtassoziierung der Schweiz an das Horizon-Paket beschlossen wurden.

Entwicklung der Wirtschaftsleistung

Veränderungsraten BIP real und nominal *(in %, kalender- und sportevent-bereinigt)*



Quellen:
2019–2024: Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
2025–2028: Prognosen gemäss Bundesbeschluss 2025 mit IAFP 2026–2028

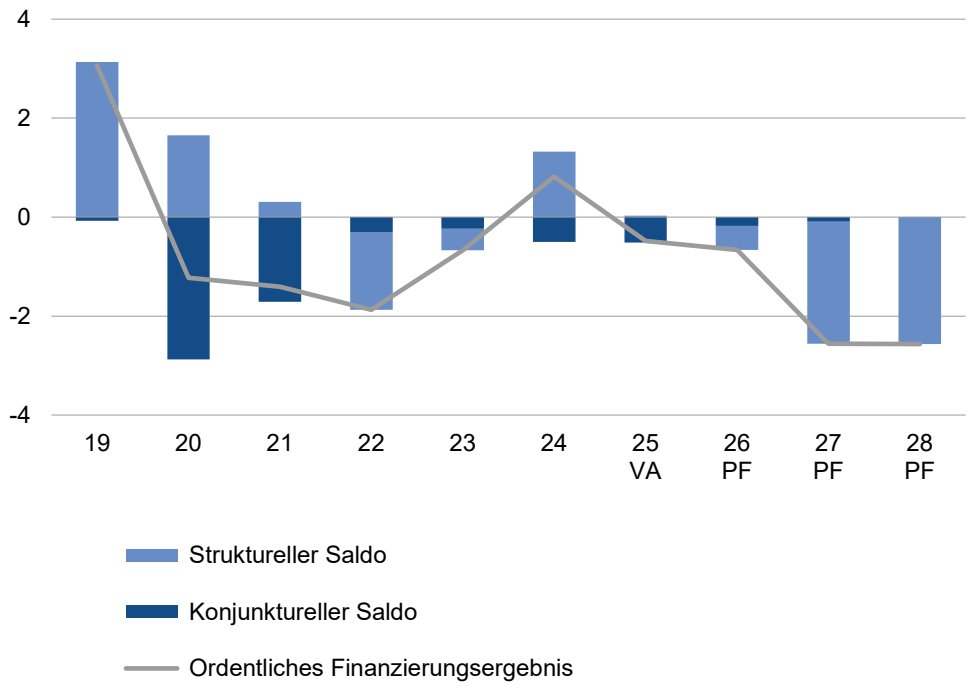
Die Schweizer Wirtschaft wuchs im Jahr 2024 real um 0,9 Prozent und nominal um 2,2 Prozent. Das Wirtschaftswachstum war damit weniger dynamisch als im Voranschlag erwartet. Trotz weltweit sinkender Inflationsraten und geldpolitischen Lockerungen belastete das herausfordernde internationale Umfeld die Investitionen und die Schweizer Exportwirtschaft. Getragen wurde das Wachstum überwiegend durch den Konsum. Die rückläufige Inflation und die positive Bevölkerungsentwicklung stützten die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Die Ausrüstungsinvestitionen blieben dagegen gedämpft, da die Industrie mit einer schwachen Auftragslage kämpfte und die Auslastung der Produktionsanlagen auf niedrigem Niveau lag. Nur die Bauindustrie zeigte eine gewisse Erholung, ausgehend von einem tiefen Niveau.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Verlauf des Jahres 2024 an. Die Arbeitslosenquote lag bei 2,4 Prozent (2023: 2,0 %) und war in allen Branchen höher als noch im Vorjahr.

Der durchschnittliche Jahresteuerung kehrte wieder in das Zielband der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zurück. Im Jahr 2024 betrug die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise 1,1 Prozent (2023: 2,1 %). Der Rückgang der Inflation ist vor allem auf tiefere Preise für Erdölprodukte sowie andere Importgüter und nicht zuletzt auf die Aufwertung des Frankens zurückzuführen. Die SNB reagierte auf die nachlassende Inflation und senkte ihren Leitzins in vier Schritten von 1,75 auf 0,5 Prozent. Auch die US-Notenbank Fed und die Europäische Zentralbank nahmen Zinsschritte nach unten vor.

Der Bundeshaushalt aus Sicht der Schuldenbremse

in Mrd. CHF



Hinweis: Daten 2025 bis 2028 gemäss Bundesbeschluss 2025 mit IAFP 2026–2028

Im Jahr 2024 war die Schweizer Wirtschaft noch nicht voll ausgelastet. Der Konjunkturfaktor, der ein Mass für die Auslastung der Wirtschaft ist, beträgt 1,006 und zeigt damit eine Unterauslastung der Wirtschaft von 0,6 Prozent an. Die Schuldenbremse liess deshalb im ordentlichen Haushalt ein konjunkturbedingtes Finanzierungsdefizit von 504 Millionen zu (Ausgabenplafond > ordentliche Einnahmen). Da die Einnahmen sich besser entwickelt haben als vorgesehen, konnte Ende 2024 ein ordentlicher Finanzierungsüberschuss von 817 Millionen verzeichnet werden. Insgesamt ergibt dies einen strukturellen Finanzierungsüberschuss (ordentliche Ausgaben < Ausgabenplafond) von 1,3 Milliarden, der dem Amortisationskonto gutgeschrieben wird.

Für das Jahr 2024 wird demnach der strukturelle Finanzierungsüberschuss (1,3 Mrd.) dem Amortisationskonto gutgeschrieben. Zudem werden die ausserordentlichen Ausgaben (1,2 Mrd.) dem Amortisationskonto belastet, während die ausserordentlichen Einnahmen (0,3 Mrd.) diesem Konto ebenfalls gutgeschrieben werden. Ende 2024 liegt der Stand des Amortisationskontos also bei -26,8 Milliarden. Aufgrund der Corona-Ausgaben ist das Amortisationskonto deutlich im Minus. Das Ausgleichskonto hingegen bleibt 2024 unverändert und weist weiterhin einen hohen positiven Stand auf, da die Vorgaben der Schuldenbremse im ordentlichen Haushalt in der Vergangenheit insgesamt übertroffen wurden.

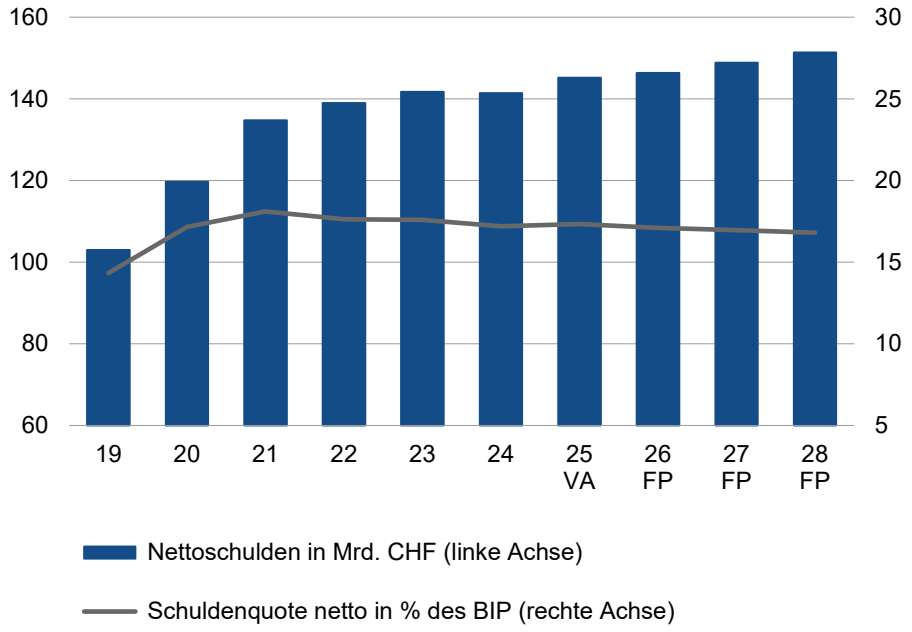
AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO

Die Kontrollstatistiken der Schuldenbremse werden anhand der effektiven Ergebnisse im Rechnungsabschluss nachgeführt. Resultiert im ordentlichen Haushalt ein struktureller Finanzierungsüberschuss, wird dieser aktuell dem Amortisationskonto gutgeschrieben (FHG-Revision zum Abbau der coronabedingten Verschuldung; in Kraft seit dem 1.2.2023). Ein strukturelles Finanzierungsdefizit wird dem Ausgleichskonto belastet.

Ausserordentliche Einnahmen werden dem Amortisationskonto gutgeschrieben, ausserordentliche Ausgaben belastet.

Entwicklung der Nettoschulden

in Mrd. CHF und % BIP



Hinweis: Daten 2025 bis 2028 gemäss Bundesbeschluss 2025 mit IAFP 2026–2028

In Anbetracht des Finanzierungsdefizits von 80 Millionen gingen die Nettoschulden im Rechnungsjahr 2024 leicht zurück auf 141,4 Milliarden (-0,2 Mrd.). Die Nettoverschuldung wird auch durch Transaktionen direkt im Eigenkapital beeinflusst. Diese umfassen Bewertungsänderungen bei Verpflichtungen der beruflichen Vorsorge und bei Finanzinstrumenten, welche auf Änderungen der Zinsprognosen zurückgehen.

Die Nettoschuldenquote ging 2024 leicht zurück auf 17,2 Prozent, da die Nettoschulden (-0,2 %) im Gegensatz zum nominalen BIP (+2,2 %) zurückgingen.

DEFINITION DER NETTOSCHULDEN

Die Definition der Nettoschulden ist weiter gefasst als die Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition. Auf der Passivseite ist das gesamte Fremdkapital berücksichtigt (inkl. Rückstellungen und übriges Fremdkapital). Die Nettoschulden, bestehend aus Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen, ermöglichen eine Herleitung der Neuverschuldung über den Finanzierungssaldo und die Transaktionen direkt im Eigenkapital.